

N i e d e r s c h r i f t

HFA/039/2008

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 19.08.2008**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Raphael Bögge	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Frank Hemelt	SPD	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Anwesend ab 17:40 Uhr, TOP 4
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Günter Thum	SPD	Ratsmitglied
Herr Anton van Wanrooy	CDU	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Manfred Brinkmann	CDU	Vertretung für Herrn Josef Wilp
------------------------	-----	------------------------------------

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Frau Ute Ehrenberg	Beigeordnete
Herr Werner Lütke-meier	Kämmerer
Herr Wolfgang Nehus	Stellv. Fachbereichsleiter FB 7
Herr Jürgen Wullkotte	Fachbereichsleiter FB 4
Frau Michaela Hövelmann	Pressesprecherin
Herr Michael Vogelsang	Schriftführer

Entschuldigt fehlten:**Mitglieder:**

Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung informiert Frau Dr. Kordfelder über eine Email vom 02. August d. J. seitens der SPD-Fraktion. Hierin beantragt sie, den Tagesordnungspunkt „Fortführung der unabhängigen Arbeitslosenberatung in Rheine“ aufzunehmen. Nach Rücksprache mit Herrn Roscher ist der Beratungsverlauf geändert worden. Die Thematik wird vorerst in der nächsten Sozialausschusssitzung am 09. September 2008 erörtert.

Weiter verweist Frau Dr. Kordfelder auf die zugestellte Tischvorlage Nr. 361/08 „Senkung von Baugrundstückspreisen für die Baugebiete Mesum Nord, Hilgenfeld Ost und West, Rodde – Im Lied“ und schlägt vor, die Vorlagen als TOP 7 zu behandeln.

Nach Begründung der Dringlichkeit für die Erweiterung der Tagesordnung stimmt der Ausschuss dem Vorschlag der Vorsitzenden zu.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Öffentlicher Teil:

**1. Niederschrift Nr. 38 über die öffentliche Sitzung am
 10. Juni 2008**

I/A/0277

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 10. Juni 2008 gefassten Beschlüsse

I/A/0300

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien.

3. Informationen

I/A/0350

3.1. Informationsveranstaltung zur Änderung des Sparkassengesetzes NRW

Frau Dr. Kordfelder informiert über die vor der Haupt- und Finanzausschusssitzung stattgefundene Informationsveranstaltung zum Entwurf des Sparkassengesetzes NRW. Da nicht alle Ratsmitglieder an der Veranstaltung teilnehmen konnten, sind der Powerpointvortrag sowie die Informationsbroschüre der Niederschrift als Anlage 1 und 2 beigelegt.

3.2. Resolution zum Erhalt der Hertie-Standorte

Frau Dr. Kordfelder informiert über einen Vorschlag der Stadt Wesseling, die Bemühungen um den Erhalt der Hertie-Standorte zu vernetzen. Entsprechende Schreiben mit der Bitte der persönlichen Intervention mit dem Ziel, die Warenhäuser zu erhalten seien an den Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Herrn Michael Glos sowie an den Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers geschickt worden.

3.3. Runder Tisch Fa. Karmann

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass der Vorstand der Agentur für Arbeit den „Runden Tisch“ zum Thema Fa. Karmann in kürze einladen werde. Darüber hinaus gebe es Gespräche zwischen Herrn Janssen und Herrn Strunck-Erpenstein zur Errichtung einer Projektgruppe.

**4. Jahresbericht 2007 der Verbraucherzentrale Nordrhein- Westfa-
len -Beratungsstelle Rheine-
Vorlage: 313/08**

I/A/0690

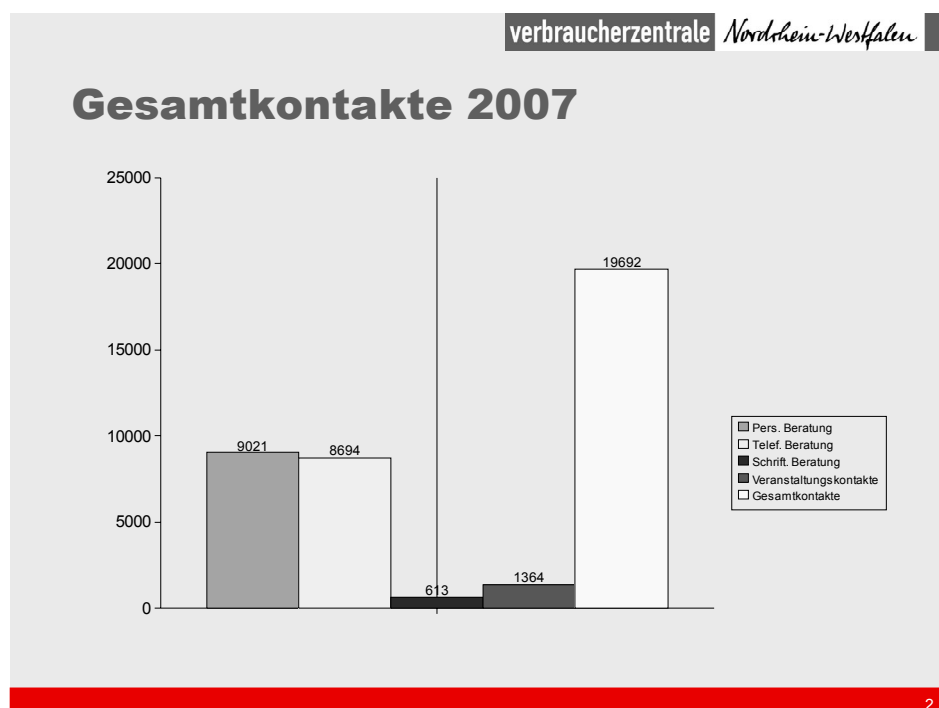
Frau Esters-Gardeweg stellt anhand folgender Folien den Jahresbericht 2007 der Verbraucherzentrale NRW – Beratungsstelle Rheine vor.

verbraucherzentrale *Nordrhein-Westfalen*

Jahresbericht 2007 der Verbraucherzentrale in Rheine

Präsentation
im Haupt- und Finanzausschuss
am 19. August 2008

1

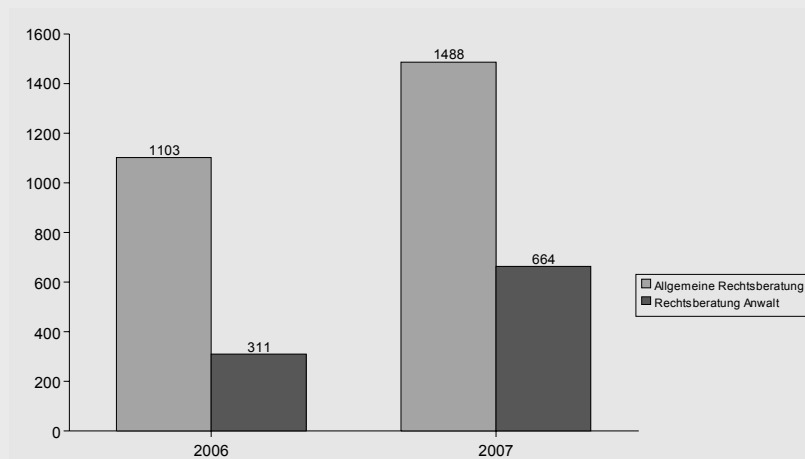


Nachfrageschwerpunkte – Top 3

- Telekommunikation/Internet/digitale Medien
→ 30%
- Energiepreise/Stromanbieterwechsel/Mietnebenkosten
→ 24%
- Finanzdienstleistungen incl. Unterstützung bei Kredit- und Geldproblemen
→ 16%

3

Nachfrageboom nach Rechtsberatung



4

Gute Nachricht: Personelle Unterstützung!

- Professionelle und kompetente Verbraucherberatung ist auch künftig sichergestellt
- Erfolgreiche Gespräche mit Entscheidungsträgern
- Unterstützung durch Bürokraft ab 01.07.08

5

Neu: 3 Energiestützpunkte im Kreis Steinfurt

- Energieberatung ohne lange Anfahrtswege in den Rathäusern in Greven, Ibbenbüren und Lengerich
- Anbieterunabhängige Beratung zu:
 - Heiztechnik
 - Wärmedämmung
 - regenerative Energien und deren Förderung
 - Stromsparen
 - Raumklima
- Kooperation zwischen Verbraucherzentrale, Kommunen und Haus im Glück

6

Beispiele aus der Rechtsberatungspraxis



- Untergeschobene Telekommunikationsverträge
- Abzocke im Internet
- Fallstricke bei der Umstellung auf digitales Fernsehen
- Probleme rund um den DSL-Anschluss

7

Prävention bei Kredit- und Geldproblemen

- Angebote zu Finanzdienstleistungen
- Rechtsbesorgung zum Grauen Kapitalmarkt
- Unterrichtsprojekte zur Stärkung der Finanzkompetenz
- Geldtraining für Verbraucher – Kooperationsveranstaltungen mit der Verbraucherzentrale
- Verbraucherpolitische Forderungen
 - „Wenn die Energiekosten das Haushaltsbudget auffressen....“
 - „Verschuldete Eltern – Arme Kinder“

8

Ausblick

- 50 Jahre Verbraucherzentrale NRW
- Kooperationsprojekte zur Stärkung der Finanz- und Wirtschaftskompetenz
- Arbeitsschwerpunkt „Neue Technologien“ - Digitalisierung, DSL ...
- Aktivitäten rund um Energie und Klimaschutz

9

**Herzlichen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit
und
für die Unterstützung unserer Arbeit
im vergangenen Jahr!**

- Haben Sie noch Fragen?

10

Herr Niehues bedankt sich für die Präsentation und bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Sind bei der Beratungsstelle Rheine Probleme mit den kommunalen Unternehmen (Stadtverwaltung, Stadtwerke, Sparkasse etc.) bekannt?
2. Gibt es Probleme mit der Ansiedlung der privaten Verbraucherzentrale in der unmittelbaren Umgebung der Beratungsstelle Rheine? Ist dort noch Öffentlichkeitsarbeit notwendig?

3. Wäre die Qualifizierung von Personal (Langzeitarbeitslose) zu Energieberatern eine Aufgabenstellung bzw. eine Unterstützung der Verbraucherzentrale Rheine?

Frau Esters-Gardeweg antwortet, dass teilweise Beratungen hinsichtlich der Ablehnung von Girokontenansträgen bei der Stadtparkasse aufgrund negativer Schufa-Auskünfte abgehalten würden. Zu diesem Thema sollten Gespräche geführt werden. Darüber hinaus gebe es Beratungen in Bezug auf die Zahlungsunfähigkeit von Energieverbrauchern. In diesem Zusammenhang seien Gespräche mit den Stadtwerken Rheine geführt worden. Das derzeitige Regelungssystem mit säumigen Verbrauchern sei sehr positiv zu bewerten.

Der Ansatz zu steigenden Strompreisen sieht die Beratungsstelle Rheine vor allem in der Beratung zu sogenannten Energiestromspartarifen. Gerne sei sie bereit, Stromspartarife vorzustellen.

Zur PIV Einrichtung, die Ansprechpartnerin für private Insolvenzlösungen sein will, teil Frau Esters-Gardeweg mit, dass die Namensgebung der gewerblichen Schuldenregulierer bei einigen Verbrauchern zu Irritationen führe. Hier müsse man für mehr Transparenz sorgen.

Dem Vorschlag Langzeitarbeitslose zu Energieberatern auszubilden und sie als zusätzliche Leistung der Verbraucherzentrale anzubieten entgegnet Frau Esters-Gardeweg, dass hierzu die Rechtsberatungsbefugnis vorliegen müsse. Diese erlange man erst durch einen dreijährigen Lehrgang.

Herr Roscher fragt inwieweit in Bezug auf den demografischen Wandel, vermehrt ältere Menschen Opfer von Haustürgeschäften sich im Nachhinein an die Verbraucherzentrale wenden.

Frau Esters-Gardeweg teilt hierzu mit, dass bestimmte Branchen ältere Menschen im Visier hätten. Die abgeschlossenen Verträge liefen heute jedoch weniger über Drückerkolonnen sondern eher über gezielte Telefonwerbung. Es gebe beispielsweise Fälle, bei denen älteren Menschen Internetverträge verkauft wurden, obwohl diese über keinen Computer verfügten. Insgesamt gebe es jedoch keinen Unterschied zwischen Anfragen älterer und jüngerer Menschen. Lediglich die Methode der Beratung sei unterschiedlich. So suchten ältere Menschen eher das persönliche Gespräch wobei jüngere Menschen sich lieber auf anderen Methoden wie Internetseiten oder Hotlines etc. beraten ließen.

Herr Ortel möchte wissen, wie hoch die Erfolgsquote im Bereich der Rechtsberatung liegt.

Frau Esters-Gardeweg informiert, dass im Falle einer Abwicklung der Rechtsberatung über die Verbraucherzentrale die Erfolgsquote bei 98 Prozent liege.

Herr Hemelt bezieht sich auf das Angebot von Frau Esters-Gardeweg und begrüßt das Angebot, Stromspartarife in geeigneter Weise vorzustellen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Jahresbericht 2007 der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen –Beratungsstelle Rheine- zur Kenntnis.

5. Projekt Fachhochschule Rheine
- Beteiligung an der Gründungsgesellschaft
- Entsendung von Vertretern/Vertreterinnen in die Gesellschaf-
terversammlung
Vorlage: 329/08

I/A/3435

Herr Kuhlmann verweist auf die Vorlage und schlägt vor, folgenden Passus im Beschluss mit aufzunehmen: „vorbehaltlich der Zustimmung der Landesregierung/vorbehaltlich der kommunalaufsichtlichen Genehmigung“.

Darüber hinaus schlägt er vor, beim Punkt 2 des Beschlussvorschlages auch einen persönlichen Vertreter zu bestellen.

Für die CDU-Fraktion schlägt Herr Niehues vor, als Vertreter der politischen Gremien Herrn Dewenter und als persönliche Vertreterin Frau Helmes zu entsenden.

Als Gegenvorschlag schlägt Herr Roscher für die SPD-Fraktion vor, Herrn Thum und als Vertreter Herrn Mollen zu entsenden.

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über die Beschlussvorschläge getrennt abstimmen. Zum Punkt 2 des Beschlussvorschlages teilt sie mit, dass sie kein Stimmrecht habe.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat vorbehaltlich der Zustimmung der Landesregierung/vorbehaltlich der kommunalaufsichtlichen Genehmigung folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat der Stadt beschließt die Beteiligung an der zu gründenden Gesellschaft mit beschränkter Haftung „Mathias Fachhochschule Rheine GmbH“ (gemeinnützige GmbH) mit einer Stammeinlage von 48.000 €.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Die Ratsmitglieder beschließen, Herrn Horst Dewenter (persönliche Vertreterin: Frau Marianne Helmes) und die Bürgermeisterin der Stadt Rheine, Frau Dr. Angelika Kordfelder (persönlicher Vertreter: Herr Jan Kuhlmann), als Vertreter der Stadt Rheine in die Gesellschafterversammlung der Mathias Fachhochschule Rheine GmbH zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

10	Ja-Stimmen
5	Nein-Stimmen
2	Enthaltungen

Augrund des mehrheitlichen Beschlusses zum Punkt 2 lässt Frau Dr. Kordfelder über den Gegenvorschlag der SPD-Fraktion nicht mehr abstimmen.

**6. Berichtswesen 2008, Stichtag 31.05.2008,
Sonderbereich 9 - Zentrale Finanzleistungen
Vorlage: 309/08**

I/B/0420

Herr Lütkeemeier verweist vorerst auf die Vorlage und verliest folgende zusätzliche Information:

S t a d t R h e i n e
Die Bürgermeisterin
- VV K - It -

Rheine, 19. August 2008

Erläuterungen zur Haushaltsentwicklung 2008 und 2009

Über die zum Stichtag 31.05.2008 berichtete Haushaltsentwicklung hinaus gibt es inzwischen neue Erkenntnisse, die erheblichen Einfluss sowohl auf die Entwicklung des laufenden Haushaltsjahres 2008 als auch auf die Entwicklung des kommenden Haushaltsjahres 2009 haben. Hierüber möchte ich Sie – ergänzend zur Vorlage Nr. 309/08 – informieren.

Haushalt 2008

Mit der Vorlage Nr. 254/08 hatte der Fachbereich 2 – Jugend, Familie und Soziales zum Stichtag 31.05.2008 für das Produkt 2101 – Förderung junger Menschen und Familien für das laufende Haushaltsjahr Mehraufwendungen in Höhe von 150 bis 200 T€ prognostiziert.

Diese Prognose war, wie erst später festgestellt wurde, zu niedrig. Der Fachbereich 2 hat diese Problematik in der Nr. 338/08 für den Jugendhilfeausschuss aufgearbeitet. Auf diese Vorlage wird verwiesen.

Die aktuelle Prognose führt beim Produkt 2101 zu einer Budgetüberschreitung in Höhe von 1,1 Mio. €. Ausschlaggebend dafür sind gravierende Fallzahlsteigerungen im ambulanten Bereich. Hierzu wird auf die Vorlage Nr. 339/08 verwiesen.

Inzwischen konnten auch die finanziellen Auswirkungen des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) ermittelt werden. Danach ist im laufenden Haushaltsjahr beim Produkt 2102 – Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege von einer Budgetüberschreitung in Höhe von 200 T€ auszugehen.

Die vorgenannten Budgetüberschreitungen von insgesamt 1,3 Mio. € können voraussichtlich mit 600 T€ durch Budgetverbesserungen im Fachbereich aufgefangen werden. Dem Restbetrag in Höhe von 700 T€ stehen positive Veränderungen im Sonderbereich 9 – Zentrale Finanzleistungen gegenüber. Der Haushaltsausgleich ist durch die Budgetentwicklung im Fachbereich 2 nicht gefährdet.

Haushalt 2009

Die Verwaltung bereitet augenblicklich die Eckdaten zum Haushalt 2009 vor. Eine wesentliche Steuerungs- und Einflussgröße für unseren Haushalt stellen die Schlüsselzuweisungen dar. Die erste Proberechnung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) wird voraussichtlich erst Ende dieses Monats vorliegen. Gleichwohl gibt es inzwischen Datengrundlagen, die eine deutliche Korrektur unserer bisherigen Planungsannahmen erkennen lassen.

Wie in der heutigen Berichtsvorlage Nr. 309/08 bereits angesprochen, liegt inzwischen ein Eckpunktepapier der Landesregierung zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2009 vor. Während die Orientierungsdaten des Landes, die Grundlage für die Finanzplanung 2009 ff waren, für die Schlüsselmasse 2009 noch eine Steigerungsrate von 5,1 % vorsehen, wird der Zuwachs der Schlüsselmasse im Eckpunktepapier nur mit 2,1 % ausgewiesen. Dies führt zu einer deutlichen Verringerung der bisher angenommenen Schlüsselmasse.

Am 14. August 2008 sind die vom LDS ermittelten „vorläufigen“ Steuerkraftmesszahlen für die maßgebende Referenzperiode (01.07.2007 bis 30.06.2008) bekanntgegeben worden. Landesweit sind diese im Vergleich zum Vorjahr um 4 % gestiegen. Die Steuerkraftmesszahlen der Stadt Rheine haben sich dem gegenüber erheblich besser entwickelt. Sie haben sich nämlich um 9,7 % gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die Veränderungen sind im Wesentlichen durch die Gewerbesteuer bedingt. Wir waren bei unserer bisherigen Kalkulation für die Gewerbesteuer von einem deutlich niedrigeren Aufkommen in der maßgebenden Referenzperiode ausgegangen. Diese Umstände führen für die Stadt Rheine im kommenden Jahr allerdings zu deutlich geringeren Schlüsselzuweisungen. Andererseits führen die höheren Steuererträge zu deutlich besseren Jahresabschlüssen, insbesondere für das Jahr 2007.

Die auf dieser Basis durchgeführten vorläufigen Berechnungen der Verwaltung ergeben für 2009 Schlüsselzuweisungen in Höhe von 26,566 Mio. €. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang von 2,2 Mio. € und gegenüber der bisherigen Finanzplanung für 2009 ein Minderertrag von 6,5 Mio. €. Diese Werte können erst nach der für Ende August angekündigten ersten Proberechnung des LDS weiter konkretisiert werden. Es wird aber auch dann bei einem deutlichen Rückgang der Schlüsselzuweisungen bleiben!

Die eingangs bereits angesprochenen Budgetentwicklungen im Fachbereich 2 erfordern ab dem Haushaltsjahr 2009 eine deutliche Budgetaufstockung und belasten neben der Schlüsselzuweisungsproblematik den Haushalt so erheblich, dass für 2009 ein Haushaltsausgleich voraussichtlich nicht mehr darstellbar ist.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 9 – Zentrale Finanzleistungen mit dem Stand der Daten vom 31.05.2008 zur Kenntnis.

**7. Senkung von Baugrundstückspreisen für die Baugebiete Mesum Nord, Hilgenfeld Ost und West, Rodde- Im Lied
Vorlage: 361/08**

I/B/1295

Herr Lütckemeier verweist auf die Vorlage.

Herr Dewenter kritisiert, dass die Verwaltung für den Wohnpark Dutum keine Preissenkung im Hangbereich vorschlägt.

In der weiteren Diskussion schlägt Herr Niehues vor, den heutigen Beschlussvorschlag zu fassen. Darüber hinaus wird vereinbart, die Verkaufsverhandlung drei Monate lang zu betrachten. Sollten keine Verkäufe realisiert worden sein, ist über diese Thematik weiter zu beraten.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt:

Die städt. Wohnbaugrundstücke in den nachfolgenden Baugebieten werden ab sofort zu folgenden Preisen veräußert:

Mesum Nord zum Preis von 87,00€/m²

Hauenhorst, Hilgenfeld Ost zum Preis von 78,00€/m²

Rodde, Im Lied zum Preis von 54,00€/m²

Bei diesen Baugebieten verstehen sich die Preise zuzüglich der Kanalanschlussbeiträge und der noch anfallenden Erschließungsbeiträge.

Die städt. Wohnbaugrundstücke im Baugebiet Hilgenfeld West werden zum Preis von 94,00€/m² verkauft – incl. Kanalanschlussbeitrag und Erschließung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

I/B/2160

Frau Dr. Kordfelder teilt mit, dass drei Eingaben vorliegen und verliest hierzu folgende Verfahrensvorschläge:

Nr. 1

Antrag des Stadtteilbeirates Schotthock vom 22. Juli 2008

Der Stadtteilbeirat Schotthock regt an, eine Beleuchtung des Fuß- und Radweges über die Delsenbrücke zwischen dem Bentlager Weg und dem Krafeldweg zu installieren.

Der Stadtteilbeirat sieht die Delsenbrücke als wichtige Verbindung zwischen den beiden Emsseiten, die als Arbeitsweg oder zur Freizeitgestaltung täglich von vielen Menschen genutzt werde. Insofern sei eine Beleuchtung insbesondere während der dunklen Jahreszeit erforderlich, führt der Beirat aus.

Verfahrensvorschlag:

Der Antrag wird zur weiteren Bearbeitung und Kostenermittlung an die Verwaltung verwiesen sowie zur Abstimmung des weiteren Verfahrens in der Sitzung des Bauausschusses am 21. August 2008 bekannt gegeben.

Nr. 2**Eingabe der Fraktion B90/Die Grünen vom 29. Juli 2008**

Die Fraktion B90/Die Grünen beantragen, den Verkauf des Kannegießerhauses für den Zeitraum von zwei Jahren nicht weiter zu betreiben. Während dieses Zeitraumes soll die Verwaltung die Bürgerschaft zu einem Ideenwettbewerb aufrufen mit der Fragestellung, wie dieses für die Stadt historisch bedeutende Gebäude sinnvoll genutzt werden kann.

Verfahrensvorschlag:

Die Verwaltung wurde mit Beschluss 175/06 vom 09. Mai 2006 mit dem Verkauf des Objektes beauftragt. Der Erlös aus dem Verkauf soll der Finanzierung des getätigten Ankaufes der ehemaligen Volksbank dienen.

Entsprechend dem Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 09. Mai 2006 sollten die Verkaufsbemühungen unter Berücksichtigung einer Ideensammlung weitergeführt werden.

Nr. 3**Eingabe der Fraktion B90/Die Grünen vom 05. August 2008**

Die Fraktion B90/Die Grünen schlägt vor, das vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) favorisierte Modellprojekt auch in Rheine umzusetzen. Vorbild für dieses System ist das vom Caritasverband Frankfurt und der Stadt Frankfurt am Main entwickelte Verfahren „Energieeinsparservice – Beratung plus Einsparpaket“.

Verfahrensvorschlag:

Die Eingabe ist eingegangen und wird zur weiteren Beratung an den Aufsichtsrat der Stadtwerke verwiesen. Die nächste Sitzung findet am 26. August 2008 statt.

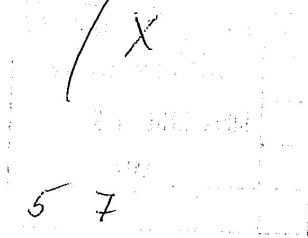
Stadtteilbeirat Rheine

Leben an der Ems

Schotthock

An die
Bürgermeisterin der Stadt Rheine
Frau Dr. Angelika Kordfelder
Klosterstraße 14

48431 Rheine



22. Juli 2008

Beleuchtung der Radwegeverbindung über die Delsenbrücke

Antrag

Der Stadtteilbeirat Schotthock beantragt, die Stadtverwaltung möge eine Planung einschließlich einer Kostenermittlung für die Beleuchtung des Fuß- und Radweges über die Delsenbrücke zwischen Bentlager Weg und Krafeldweg erstellen.

Begründung

Seit Jahren fordern viele Bürger eine Beleuchtung des o.g. Fuß- und Radweges über die Delsenbrücke.

Der Stadtteilbeirat Schotthock hat in seiner Sitzung am 13. März 2008 dem 1. Beigeordneten Herrn Kuhlmann erneut die Beleuchtung zur Überprüfung vorgeschlagen.

Mit Schreiben vom 26. März 2008 teilt die Stadtverwaltung dem Stadtteilbeirat mit, dass eine Verkehrssicherungspflicht für diesen Radweg im Außenbereich entsprechend BGB, Fernstraßengesetz und Landesstraßengesetz nicht besteht. Der Brief enthält nur lauter Paragraphen aber keinen Lösungsvorschlag. Mit dieser Antwort ist der Stadtteilbeirat Schotthock nicht einverstanden.

Er hat in seiner Sitzung am 5. Juni 2008 einstimmig den o.g. Antrag beschlossen. Wir bitten, die Planung und Kostenermittlung rechtzeitig zu erstellen, damit wir bis zu den Beratungen zum Haushalt 2009 mit den Ratsmitgliedern aller Ratfraktionen Gespräche führen können.

Sicherlich besteht für die Stadt Rheine keine rechtliche Verpflichtung für eine Beleuchtung des Fuß- und Radweges über die Delsenbrücke. Diese Verpflichtung besteht sicherlich auch nicht für die Straßenbeleuchtung von der Saline bis zum Kloster Bentlage und für den Fuß- und Radweg über die Soldatenbrücke.
Die Streckenlänge beträgt 550 m.

Vorsitzender: Herbert Stegemann, Hagenstr. 32, 48429 Rheine
Tel.: 0 59 71 / 8 48 48
E-Mail: herbert.stegemann@t-online.de

Seite 1 von 2

Seite 2 von 2

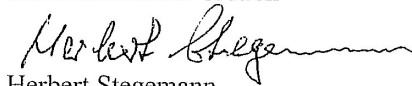
Wir fordern keine Straßenbeleuchtung nach DIN-Normen. Nach unserer Auffassung kann die Anzahl der Straßenleuchten auf 8 Leuchten reduziert werden. Auf jeder Emsseite 3 Leuchten und 2 Leuchten an jeder Brückenseite.

Der Radweg über die Delsenbrücke ist die wichtigste Radwegeverbindung über die Ems zu den Gewerbe- und Industriegebieten in Rheine Nord mit mehreren tausend Arbeitsplätzen. Für Schichtarbeiter/Innen kann diese wichtige Verbindung in den Morgen- und Abendstunden zur Zeit nicht gefahrlos befahren werden.

Besucher des Klosters Bentlage aus den rechtssemsischen Stadtteilen Altenrheine, Eschendorf und Schotthock kann eine Benutzung der Delsenbrücke bei Dunkelheit ebenfalls nicht zugemutet werden.

Der Stadtteilbeirat Schotthock wird die Beleuchtung des Fuß- und Radweges über die Delsenbrücke als eine wichtige Forderung in die bevorstehende Kommunalwahl 2009 einbringen.

Mit freundlichen Grüßen

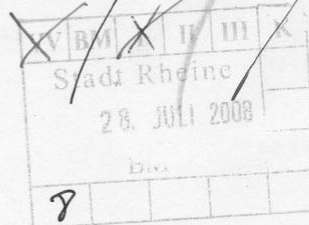


Herbert Stegemann
Stadtteilbeiratsvorsitzender

Fraktion B 90 / Die Grünen
Kugeltimpen 7
48431 Rheine

24.07.08

Rat der Stadt Rheine
Bürgermeisterin Frau Dr. Kordfelder
Klosterstrasse
49431 Rheine



1/2 II + 1
19/08/08.2008

Grüne

2 jähriges Moratorium für den Verkauf des Kannegießerhauses

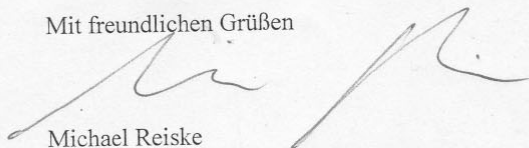
Sehr geehrte Frau Dr. Kordfelder,

die Fraktion B 90 / Die Grünen beantragt, den Verkauf des Kannegießerhauses für den Zeitraum von zwei Jahren nicht weiter zu betreiben. Während dieses Zeitraums soll die Verwaltung die Bürgerschaft zu einem Ideenwettbewerb aufrufen mit der Fragestellung, wie dieses für die Stadt historisch bedeutende Gebäude sinnvoll genutzt werden kann.

Begründung:

Das Kannegießerhaus ist eines der Gebäude in der Stadt, mit dem die Geschichte der Stadt Rheine eng verbunden ist. Erbaut wurde das Kannegießerhaus in der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts über dem alten Stadtgraben. Im 17. und 18. Jahrhundert bewohnte die Familie Kannegießer dieses Haus, die im Zeitraum von 1576 bis 1680 mehrere Bürgermeister stellte. Das Gebäude ist fester Bestandteil jedes historischen Stadtrundgangs. Bislang blieben die Verkaufsbemühungen der Verwaltung ohne Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen


Michael Reiske

Dr. Re.
1/8 für Dr. - Re.
Dr. Re. (main Punkt)
2/8 FSB
4/8 ang. Ludwig vv

Fraktion B 90 / Die Grünen
Kugeltimpen 7
48431 Rheine

5.08.08

Rat der Stadt Rheine

Klosterstr. 14
48431 Rheine

VV	II	I	II	III	K
Stadt Rheine					
08. AUG. 2008					
I					

Wahr am BM

Kopie an TV
M. U.

Grüne

Energieeinsparung und Energieeffizienz
Soziale Auswirkungen der hohen Energiepreise

Sehr geehrte Damen und Herren,

die hohen Preise für Energie lasten auf den privaten und öffentlichen Haushalten. In der Diskussion über entlastende Maßnahmen werden verschiedene Ansatzpunkte diskutiert. Im Mittelpunkt der Diskussion steht in der Regel die kostenlose Bereitstellung von kWh Kontingenten verschiedener Größenordnungen. Diese Form des Sozialen Ausgleichs lehnen wir ab, da dieses weder marktgerecht ist noch die Gestehungskosten der Energieproduktion berücksichtigt.

Wir schlagen vor, das vom BUND favorisierte Modellprojekt aus Frankfurt auch in Rheine umzusetzen. Das Modell sieht vor, geeignete Langzeitarbeitslose zu Energieberatern auszubilden. Im Rahmen von Hausbesuchen beraten diese Energieberater die Haushalte, insbesondere die Haushalte, die Alg II beziehen, kostenlos. Zusätzlich zur Beratung soll es ein Startpaket mit energiesparender Technik geben. Dieses Startpaket soll an die Erfordernisse des einzelnen Haushalts angepasst kostenlos an die Bewohner abgegeben werden. Enthalten darin können beispielsweise sein: Energiesparbirnen, auch als LEDs, Perlstrahler zur Senkung des Wasserverbrauchs oder Stromsteckleisten mit Schalter. Die Finanzierung dieses Startpakets sollte durch die Stadtwerke erfolgen. Für größere energiesparende Anschaffungen sollte durch die Stadtparkasse ein Mikrokreditprogramm aufgelegt werden um die Anschaffung von Kühlschränken oder besonders sparsamen Waschmaschinen zu ermöglichen.

Träger des Projekts in Frankfurt ist der dortige Caritasverband. Wir schlagen für Rheine ebenfalls den Caritasverband als Träger vor.

Wir bitten die Verwaltung in Gesprächen mit dem Caritasverband, den Stadtwerken und der Stadtparkasse dieses Projekt für Rheine auf den Weg zu bringen.

Mit Freundlichen Grüßen

Michael Reiske

100 % Recycling-Papier

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses widersprechen den Verfahrensvorschlägen nicht.

9. Einwohnerfragestunde

I/B/2445

Es folgen keine Wortmeldungen.

10. Anfragen und Anregungen

I/B/24460

Für die SPD-Fraktion lässt Herr Roscher folgenden Antrag zum Thema „Strategische Steuerung in der Heimerziehung“ verteilen und bittet um entsprechendes Verfahren.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Rat der Stadt Rheine

Lj. 19.08.08
Kordfelder
Dr. II / FS 2



Stadt Rheine
Die Bürgermeisterin

Klosterstrasse 14
48431 Rheine

Anschrift:
Hohe Lucht 5 · 48431 Rheine
Fon (0 59 71) 5 77 66
Fax (0 59 71) 5 08 30

Internet-Adresse:
www.SPD-Rheine.de

Bankverbindung:
Stadtsparkasse Rheine
Konto-Nummer: 7 026 180
Bankleitzahl: 403 500 05

Datum

19.08.2008

Sitzung des JHA Vorlage 339/08 **Strategische Steuerung in der Heimerziehung**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,
am 06. Feb. 2008 hat die SPD-Fraktion für die Sitzung des JHA am 18. Sep. 2008 eine Fortschreibung des Projektverlaufs strategische Steuerung in der Heimerziehung beantragt. Dieser Antrag baute auf die Vorlage 500/07 vom 22. 11. 2007 auf.

Diese Fortschreibung wird mit der Vorlage 339/08 größtenteils vorgenommen.

Die SPD-Fraktion möchte am 18. Sep. 2008 die Einschätzung der Verwaltung erfahren, ob eine weitere Befristung über den 31. 12. 2008 hinaus möglich ist und ob weitere Personalressourcen die bekannten Wirkungen im Bereich der Reintegration verstärken würden.

Mit der Vorlage 339/08 schlägt die Verwaltung die Entfristung der Stelle vor.

Weiter bittet die SPD-Fraktion die Verwaltung in der JHA-Sitzung am 18. Sep. 2008 aufzuzeigen, welche zusätzlichen Ziele erreicht werden können, wenn das Projekt um eine weitere Stelle befristet ausgeweitet wird und ferner eine zusätzliche Personalressource im Bereich der Bereitschaftspflege von 0,5 Stellen befristet eingerichtet wird.

Mit freundlichen Grüßen

J. Roscher

Ende des öffentlichen Teils:

18:20 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Michael Vogelsang
Schriftführer